A1 Junggrüne Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

Gremium:	Wahlkampfteam
Beschlussdatum:	12.12.2018
Tagesordnungspunkt:	7. Wahlkampfkonzept

Antragstext

Wir wollen als GRÜNE JUGEND Sachsen eine Kampagne, die für uns und andere junge Menschen wichtige Themen behandelt. Viele davon kommen in Sachsen leider zu kurz. Wichtige Zukunftsentwicklungen werden verpasst oder ignoriert. Aber wir wollen uns nicht nur auf Versäumnisse der Regierung konzentrieren, sondern insbesondere unsere Visionen für ein sozialeres, ökologisches und vor allem grünes Sachsen nach vorne stellen. Als Grundlage für unsere Kampagne konzentrieren wir uns daher auf drei Schwerpunkte:

- Klima als urgrüne Angelegenheit
- Bildung, (nicht nur) junge Menschen betreffend
- Freiheit & Demokratie, ein seit Jahren aktuelles Thema in Sachsen.

Um die drei Bereiche miteinander zu verbinden und um unsere Geschichten zu erzählen, wird es auch Querschnittsthemen geben. Diese beschränken sich dabei nicht auf einen Schwerpunktbereich. Themen wie Mobilität und Infrastruktur sowie Solidarität sollen so unsere Kampagne ergänzen.

KLIMA GEHT UNS ALLE AN!

Braunkohle ist der klimaschädlichste Energieträger und sorgt für 20% des CO_2-Ausstoßes in Deutschland. Mit der Lausitz und dem mitteldeutschen Braunkohlerevier besitzt Sachsen zwei Abbaugebiete für Braunkohle. Wir streiten dafür, den Ausstieg aus Kohle schnellst möglich einzuleiten. Wir wollen dabei die Abhängigkeit der betroffenen Regionen überwinden und einen Wandel einleiten, der neue Perspektiven für die Beschäftigten und besonders für die Jugendlichen vor Ort schafft. Für uns ist klar, der schnellstmögliche Kohleausstieg ist die Voraussetzung für jeden Koalitionsvertrag. Die sächsische CDU weigert sich bis heute, nur an das mögliche Ende der Braunkohleförderung zu denken und gefährdet somit auch die Zukunft der Menschen. Wir werden im Wahlkampf auf dieses Versagen eingehen und kritisieren die Politik der letzten Jahre scharf.

Aber nicht nur der Ausstieg aus der Braunkohle ist ein Problem. Der Freistaat Sachsen verschläft auch die Mobilitätswende. Der Verkehrsbereich ist aktuell neben dem Energiesektor eine weitere Quelle für unseren Ausstoß von Treibhausgasen. Wir müssen daher weg von Autos hinzu Bus, Bahn und Rad. Hierfür ist ein gut ausgestatteter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) wichtig, der die einzelnen Regionen und Städte in Sachsen miteinander verbindet. Für Fahrradfahrende und Fußgehende brauchen wir insbesondere, aber nicht nur, in den Städten gut ausgebaute Rad- und Fußwege. Zu diesem Zweck wollen wir Fördermittel in die Hand nehmen und in die Infrastruktur investieren. Aus unserer Sicht braucht es eine verlässlichere und häufigere Bedienung im Regionalverkehr und eine verbesserte Fernverkehrsanbindung.

Es geht beim Klima jedoch nicht nur um lokale Verantwortung. Wir als GRÜNE JUGEND haben seit jeher die globalen Folgen im Blick. Der menschengemachte Klimawandel ist das größte Problem unserer Zeit. Es geht, um unsere Zukunft und die vieler Menschen auf dieser Welt. Wir wollen uns im Wahlkampf solidarisch zeigen mit Klimaaktivist*innen weltweit und noch viel mehr mit den Leidtragenden des Klimawandels. Dürren, Stürme und Hochwasser werden vielerorts die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstören. Die Industrienationen tragen hier die Verantwortung. Wir fordern daher auch die Ausweitung des Asylrechts auf Klimageflüchtete.

BILDUNGSOFFENSIVE JETZT!

Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Wir verstehen darunter nicht nur die klassische schulische Bildung, sondern auch politische Bildung. Für beide Bereiche wollen wir mehr Geld in die Hand nehmen, wir brauchen eine Bildungsoffensive: bessere Bezahlung Lehrender, bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen, Digitalisierung der Bildungslandschaft, mehr Landesmittel für Wissenschaft und Lehre an den Hochschulen, uvm.

Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen Staatsregierung. Unsere Aufgabe muss es sein, durch bessere Bezahlung und ein modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu machen. Wir wollen Schulen aber auch für die Schüler*innen selbst attraktiv gestalten. Für uns heißt das den Erhalt von wohnortnahen Schulen, eine gute digitale Infrastruktur, außerschulische und moderne Gebäude. Die soziale Spaltung betrifft auch insbesondere Schüler*innen. Nicht alle Familien können es sich leisten, ihren Kindern Nachhilfe zu finanzieren. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche verschiedenster sozialer Herkunft länger gemeinsam lernen. Daher setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in Sachsen ein. Dort soll dann auch auf individuelle Förderbedarfe eingegangen werden.

Mobilität spielt bei jungen Menschen eine wichtige Rolle. Neben den Fahrten zur Schule kommen Fahrten zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder einfach zu Freund*innen hinzu. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien Landesschüler*innentickets. Außerdem fordern wir ebenfalls die Einrichtung von landesweiten Semester- bzw. Auszubildendentickets.

Sachsens Hochschulen werben sehr viele Drittmittel ein, jedoch ist die Grundsicherung durch Landesmitteln relativ gering und teilweise nicht einmal gewährleistet. So mussten in den letzten Jahren Stellen abgebaut und Fächer gestrichen werden. Wir fordern daher, dass die Mittel pro Student*in angehoben werden und sprechen uns gegen die Streichung weiterer Fächer aus. Wir wollen eine Bildungslandschaft mit vielen verschiedenen Angeboten, unter denen alle auswählen können. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des Numerus Clausus ein.

FREIHEIT SICHERN!

In Sachsen, in Deutschland, in ganz Europa: wir erleben enorme Angriffe auf unsere Grundrechte und unsere Freiheiten. Diese Angriffe kommen vom Staat selbst. Zugunsten vermeintlicher Sicherheit kommen immer mehr Gesetzesverschärfungen, soll (Video-)Überwachung enorm ausgebaut werden,

schreitet die Militarisierung der Polizei voran und werden Eingriffsbefugnisse der Polizei weit ins Vorfeld einer Gefahr verlegt. Das sind Grundrechtsbeschränkungen, die zu Lasten aller Bürger*innen, aber auch zu Lasten der Demokratie gehen. Denn nur wer keine Angst vor einer militarisierten Polizei mit Handgranaten hat, geht zu einer Demonstration auf die Straße, und nur wer nicht sofort ins Blickfeld staatlicher Ermittlungen und Repression gerät, engagiert sich politisch. Wir wollen aber, dass sich viele, besonders junge Menschen in der Gesellschaft einbringen können und wir gemeinsam ein solidarisches Miteinander schaffen.

Wir wollen keine Polizei, die die Bürger*innen einschüchtert, sondern die gut kontrolliert und transparent ist. Kennzeichnungspflicht und eine unabhängige Beschwerdestelle fordern wir als erste Schritte. Wir wollen einen effizienten Rechtsstaat, der Beschuldigten ein faires Verfahren garantiert, anstatt Menschen durch polizeiliche Maßnahmen zu bestrafen, ohne, dass sie je eh eine Straftat begangen haben. Wir wollen, dass auch der Staat erkennt: wir sind grundsätzlich unverdächtig!

Auch werden wir deutlich zeigen, dass wir die zunehmende Überwachung nicht hinnehmen. Damit der öffentliche Raum allen gehören kann, darf er nicht an allen Ecken videoüberwacht werden. Menschen verhalten sich anders, wenn eine Kamera auf sie gerichtet ist – und erst recht, wenn diese anhand intelligenter Technologie und Gesichtserkennung sogar in der Lage ist, Bewegungsprofile zu erstellen. Das Prinzip der „gefährlichen Orten“ lehnen wir ab. Wir müssen uns nicht dafür rechtfertigen, dass wir Privatsphäre erhalten wollen – der Staat muss es, wenn er sie uns nehmen will. Dass jede*r in einer Demokratie im Privaten privat bleiben darf, muss selbstverständlich wieder werden.

Vor allem aber zeigen wir 2019, dass wir für einen generellen Geisteswandel in Sachsens Innenpolitik eintreten. Angst und Sicherheitswahn dürfen nicht länger handlungsleitend sein. Der von Rechtsradikalen teils systematisch geschürten Angst muss im gesellschaftlichen Diskurs begegnet werden. Dazu gehört es, diese Strategie aufzudecken, faktenbasiert zu argumentieren, aber auch normativ für eine weite Auslegung der bürgerlichen Freiheit zu streiten. Dazu gehört es nicht unverhältnismäßige Gesetzesverschärfungen als probates politisches Mittel anzuwenden. Wir wollen keine Politik, die die Freiheit der Sicherheit opfert, sondern die selbstbewusst demokratische und freiheitliche Errungenschaften verteidigt.

Begründung

Das Wahlkampfteam der GJ Sachsen schlägt die drei Themen als Themenschwerpunkte für den Landtagswahlkampf 2019 vor. Anmerkungen un Ergänzungen sind sehr willkommen, werden eingearbeitet und das Themenpapier dann in auf diese Weise überarbeiteter Fassung auf der Landesmitgliederversammlung eingebracht.